SABOTAGE

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 22 07/97
3. Jahrgang

LÜBECK UND BÜREN - RASSISTISCHE NORMALITÄT IN DER BRD·REPRESSION GEGEN ANTIFASCHISTINNEN IN HD·PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM UND DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

Dunkel war's, der Mond schien helle ...

Nicht immer ist unser Elan groß genug, um eine Zeitung wie diese im Monatsrhythmus locker und flockig aus dem Ärmel zu schütteln. Aber dieses Mal kam zum üblichen Durchhänger, der von Zeit zu Zeit auftreten, mit dem mensch aber irgendwie noch umgehen kann, eine für Teile des Redaktionskollektivs äußerst arbeitsintensive Streßphase. Diese hätte die Juli-Ausgabe fast gefährdet oder zumindest in nicht hinnehmbarer Weise verzögert, wäre da nicht eine in Szene-Kreisen der Region mittlerweile flächendeckend kursierende Kopie zweier Seiten aus dem schülerunionistischen Verlautbarungsorgan „Der Realist" aufgetaucht, die unsere Lustlosigkeit Mitte/Ende Juni in produktive Häme transformiert hat. Auf diesen zwei Seiten wird sich nämlich auf analytisch höchstem Niveau mit „den Autonomen", mit diesen Inkarnationen „schwachsinniger Dummheit und Brutalität" auseinandergesetzt. Jetzt wissen wir wenigstens, *wer* wir sind, *was* wir wollen und *warum* es uns überhaupt gibt. Und damit auch unsere hochverehrte LeserInnenschaft gewinnbringenden Anteil an der in gedruckten Worten manifestierten braunschwarzen Gülle autoritätsfanatischer Jungunionisten haben kann, drucken wir diese glühenden Haßtiraden im folgenden **genauso** ab, wie sie in diesem rechtskonservativ-karrieristischen SchülerInnenblättchen veröffentlicht wurden (abgesehen von unseren Anmerkungen, die wir uns wirklich nicht verkneifen konnten):

»Autonome - Der 1. Mai

Am 1. Mai 1997 wurden zwei Jugendliche [wohl eher zwei bekannte Neo-Faschisten, Anm. d. Red.] in der Heidelberger Hauptstraße von Angehörigen der linksextremistischen „Autonomen Szene" verprügelt, erniedrigt [???, Anm. d. Red.] und ausgeraubt . Eines der Opfer mußte stationär behandelt werden - Die Täter konnten trotz eingeleiteter Polizeimaßnahmen entkommen . [Ha, die „Autonomen" sind schon schlaue FüchsInnen, wa?, Anm. d. Red.] Die „Autonomen" rechtfertigen solche und ähnliche Geschehnisse mit den

Inhaltsverzeichnis:

antifa

Gegen Neoliberalismus und Unterdrückung weltweit 6

antirassismus

Lübeck - Ausdruck rassistischer Normalität in Deutschland 9

programmübersicht

Das Autonome Zentrum Heidelberg im Juli 12

antirassismus

Weg mit allen Abschiebeknästen! 14

repression

Alle Jahre wieder - Staatsschutz durchsucht Wohnung in Heidelberg 16

zentren häuser wagenplätze

Wagenburg HD auf Hoher See 17

Autonomes Zentrum - Jetzt! 18

sonstige sabotage

Demos & Veranstaltungen 20

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" im Juli 24

sogenannten „Revolutionären (!) 1. Mai Demonstrationen“ .[Achja?, Anm. d. Red.] Auch an Gründen für diese Aktionen mangelt es ihnen nicht . So müssen z. B. die Zerstörung des Regenwaldes [sic!] und die Erhöhung des Fahrpreises der Berliner Verkehrsgesellschaften als Rechtfertigung für die Straßenkämpfe am Prenzlauer Berg , sowie in Kreuzberg /Berlin [Ist der Prenzlberg etwa nicht in Berlin?, Anm. d. Red.] herhalten . Auch Rassimus und Sexismus , Werte , die bei der extremen Linken schon längst zur Phrase verkommen sind [während sich die Junge Union objektiv und differenziert damit auseinandersetzt, jaja, Anm. d. Red.], sollen ihr „enthemmtes Verhalten“ entschuldigen [hier fehlt ein Punkt, verdammt nochmal!, Anm. d. Red.]

Die Rechtfertigungen der „Autonomen“ , sowie anderer linksextremistischer u. kurdischer [kurdisch sein = linksextremistisch sein = böse sein!?!, Anm. d. Red.] Gruppierungen der „Revolutionären 1. Mai - Demonstrationen „ sind bedeutungslos : Ausschlaggebend ist nur ein kruder , fast

“Herrschaft drückt sich ... sehr differenziert aus und führt zu ganz unterschiedlichen Erfahrungen, Analysen und Kämpfen der Betroffenen. Herrschaft zum Zweck von Ausbeutung und Machterhalt ist eine vielschichtige Praxis von Unterdrükkungen auf der Grundlage mehrerer sich überlagernder Bedingungen. Mann/Frau, schwarz/weiß und Lohnarbeit/Kapital existieren als Unterdrückungsverhältnisse nicht getrennt oder ausschließlich und verändern sich ihrer materiellen und verinnerlichten Strukturen nach in der Geschichte.“

(aus Die Autonomen von Thomas Schultze und Almut Gross)

Impressum

SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
AZ HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, JUMP Walldorf, JUZ Piranha MA, LP HD, Nosferatu MA, Antiquariat Schöbel & Kube HD, Schwarzwurzel MA, Stoffwechsel MA oder im
Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift
oder im **Internet:**
http://home.rno.de/azhd/sabotage/sabotage.htm

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

Technologie: Artikel bitte auf 3 1/2-Zoll-Disketten im Textverarbeitungsprogramm Word for Windows 6.0

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

schon schwachsinniger Demokratiehass , eine lächerliche Mischung halbkommunistischer , „antifaschistischer" sowie anarchistischer Phrasen , also letztendlich Dummheit und Brutalität . Unsere Freiheit basiert aber nicht auf Dummheit u. Brutalität , sondern auf Gesetzen . Wer das Gesetz so offensichtlich u. willkürlich , wie die Autonomen [Anführungszeichen vergessen, mein Lieber, Anm. d. Red.] übertritt , soll gnadenlose Härte zu spüren bekommen . [Wie wär`s mit der Gaskammer?, Anm. d. Red.] Asoziale („Autonome") müssen und werden deutlich zu spüren bekommen , daß die Gesellschaft [= ein faschistischer Überwachungsstaat, Anm. d. Red.] ihnen Grenzen setzt , Grenzen , die wenig mit ihrem Verständnis von Freiheit (=Chaos) zu tun haben , die aber unsere [Schein-]Demokratie schützen. M.B.

Der Autonome - eine Beschreibung

„Haste mal ne Mark ?"

Eine Frage , die man öfters hört , wenn man sich in der Umgebung des Bismarckplatzes aufhält . Fast jeder , der diese Frage gestellt bekommt , blickt zuerst die ausgestreckte „bittende" Hand des Autonomen und schließlich ihn selbst an. Lange , verfilzte Haare , eine Bekleidung , die diesen Namen nicht verdient , Springerstiefel mit roten (!) Schnürsenkeln sowie seinen äußerste wohlgenährten (wozu eigentlich die Mark ?) Hund mit dem obligatorischen roten Halsband . Das ist er also , der Feind unserer „faschistischen", „imperialistischen" (kapitalistischen) Gesellschaft (nach seinem politischen Verständnis) . Er ist ein Kämpfer . Er kämpft gegen den „Scheißstaat", von dem er nebenbei Sozialhilfe kassiert , gegen das"System" , überhaupt gegen alles. Sein Gefühl für Würde kennen wir ja schon , sein politisches Selbstverständnis auch , nur noch nicht ihn selbst . Meistens ist er ein Langzeitstudent , ein „Möchtegern - Akademiker" , intelektuell leicht angehaucht (er hat schon das kommunistische Manifest gelesen) und äußerst radikal (auch hinsichtlich der Körperpflege) , er hegt aber auch freizügige Ansichten , auf die man wohl lieber doch nicht eingehen sollte.«

Wir widmen diese Ausgabe den drei AntifaschistInnen, die am 25.06.1997 vor dem Amtsgericht in Heidelberg unter tosendem Beifall der etwa 40 ProzeßbesucherInnen freigesprochen wurden. Sie waren beschuldigt worden, an einer militanten Aktion gegen zwei Banken in Heidelberg am 02.01.1996 beteiligt gewesen zu sein. (Näheres dazu siehe rechts)

Euer sich nicht gewaschenes Autonomenkollektiv

SABOTAGE

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage
c/o Autonomes Zentrum,
Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg

OBACHT!
IM AUGUST ERSCHEINT KEINE *SABOTAGE*!

Freispruch!

Mit Freude und Erleichterung nahmen die rund 40 ProzeßbesucherInnen am 25.6. den Freispruch für unsere drei GenossInnen entgegen. Die drei waren beschuldigt worden, an einer militanten Aktion gegen zwei Banken am 2.1.96 beteiligt gewesen zu sein. Die vorsitzende Richterin handelte, obwohl sie „erhebliche Zweifel" an der Unschuld der drei Angeklagten hegte, nach dem Grundsatz „In dubio pro reo", da den Beschuldigten eine Beteiligung nicht nachzuweisen war.

Bei der Aktion waren zeitgleich die Fensterscheiben von zwei Banken in der Heidelberger Weststadt eingeworfen und ein Flugblatt mit der Parole „Linxradikal ins nächste Jahrtausend" und Forderungen wie „Weg mit dem Verbot der PKK", „Weg mit §129a", u. ä. zurückgelassen worden. Die Festnahme der drei hatte seinerzeit zu drei Hausdurchsuchungen geführt. „Zufällig" wurde gerade letzte Woche bei einem der Beschuldigten erneut eine Hausdurchsuchung durchgeführt. [siehe an anderer Stelle in dieser *Sabo*, Anm. d. Red.] Der Freispruch stellt mit Sicherheit einen erneuten Schlag ins Gesicht des Heidelberger Staatsschutzes dar, dem es trotz erheblichem Aufwand nicht gelingen will, den linksradikalen Widerstand hier und in der Region wirklich zu treffen.

Solidarische Grüße an alle Militanten!

Autonome Antifa Heidelberg

Gegen Neoliberalismus und Unterdrückung weltweit!

Gegen ein Europa des Kapitals und der Arbeitslosigkeit
Für eine menschliche Welt

Im Rahmen der Revision des Maastrichtvertrages fand Ende Juni in Amsterdam eine Regierungskonferenz statt, auf der über den weiteren Verlauf der europäischen Währungsunion beraten wurde. Mit dieser wird eine neue Stufe auf dem Weg zu einem perfekten EU-Binnenmarkt erreicht, was einen weiteren Schritt in Richtung eines unsozialen, ganz an den Interessen der UnternehmerInnen orientierten Europas bedeutet. Die Währungsunion ist auch ein weiterer Schritt hin zu noch weniger Demokratie, da die Möglichkeiten einer den Markt einschränkenden Wirtschaftspolitik fast gänzlich entfällt und durch eine allein auf Geldwertstabilität ausgerichteten Politik ersetzt wird, die durch die von der Politik unabhängige europäische Zentralbank und den Stabilitätspakt garantiert wird. Daran ändern auch die Floskeln über eine gemeinsame Beschäftigungspolitik nichts, da diese keinerlei Verbindlichkeiten enthalten.

Bereits durch den weitgehenden Wegfall der Binnenzölle wurde den nationalen Regierungen ein wichtiges Mittel zum Schutz ihrer Industrie genommen. Während sich früher die ärmeren EU-Länder durch protektionistische Maßnahmen vor wettbewerbsfähigeren Waren aus dem Ausland schützen konnten, sind sie heute dem Warenstrom (beispielsweise aus dem exportstarken Deutschland) wehrlos ausgeliefert. Durch die gemeinsame Währung verlieren diese Staaten nun auch die zweite wichtige Regulierungsmöglichkeit: Mit der Abwertung der eigenen Währung (im Vergleich zu anderen) konnten früher die Preise für Exportwaren gesenkt und damit die Wettbewerbsfähigkeit im Ausland erhöht werden. Ohne diese beiden Mittel bleiben nur noch die Möglichkeiten, daß der Staat die Sozial- und Umweltstandards senkt und die Unternehmen die Löhne kürzen, um im Konkurrenzkampf zu bestehen. Leidtragende sind wie so oft die breiten Massen.

Eine weitere Folge des neoliberalen Binnenmarktes ist die weitreichende Entmachtung der Gewerkschaften. Immer öfter werden Betriebsräte mit dem Argument, daß in anderen europäischen Ländern billiger produziert wird, erfolgreich erpreßt. So werden schon jetzt viele ArbeiterInnen in der BRD (vor allem in Ostdeutschland) unter Tarif bezahlt. Der Flächentarifvertrag wird also langsam aber sicher durch die entfesselten Märkte ausgehebelt, ohne daß die Gewerkschaft diesem Prozess nennenswerten Widerstand entgegen bringt. Diese unsozialen Entwicklungen sind keine zufälligen Folgen des Binnenmarktes, sondern politisch gewollt, wie folgendes Zitat zeigt: *"Optimal ist ein Währungsraum, der nennenswert größer ist als der Raum, für den sich ein wirksames Lohnkartell [gemeint ist der Flächentarifvertrag - AJA] etablieren läßt"* (Pressebericht der Bundesbank Nr. 2/93, S.15 f.)

Es wird immer offensichtlicher, wohin der Neoliberalismus in Europa (und mit oft viel krasseren Folgen im Rest der Welt s.u.) führt: Die Reallöhne sinken, im Sozial-, Gesundheits- und

Bildungswesen wird immer drastischer gekürzt, während die Belastungen für UnternehmerInnen weiter zurückgehen. Die Arbeitslosenzahlen explodieren, die Armut steigt, während auf der anderen Seite in Deutschland 10% der Haushalte über 50% des Geldvermögens besitzen. (Diese Zahlen gelten für 1988 (!); seitdem hat sich das Vermögen weiter konzentriert.)

Trotz aller Kritik an der Europäischen Union und dem Binnenmarkt muß klar sein, daß die augenblickliche Dominanz der DM und der Bundesbank genauso wenig wie ein Rückfall in nationalstaatliche Ökonomien eine wünschenswerte Alternative darstellen. Vielmehr muß sich die lohnabhängige Klasse in ganz Europa, letztlich in der ganzen Welt vereinigen und gemeinsam gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit kämpfen. Ein Bündnis für Arbeit kann nur eine Sackgasse sein, da die Senkung der Sozialstandards in den einzelnen Staaten sich gegenseitig aufheben und am Ende nur VerliererInnen existieren (und natürlich lachende KapitalistInnen). Arbeitsplätze werden so nicht geschaffen.

Der Neoliberalismus beschränkt sich nicht allein auf Europa, er ist vielmehr ein weltumspannendes System. Parallel zur EU bilden sich auch in Nordamerika mit der NAFTA und in Südostasien mit dem ASEAN riesige Freihandelszonen. Regelmäßig werden sog. GATT-Verträge geschlossen, in denen die weltweiten Zölle Stück für Stück abgebaut werden. Während die Industriestaaten - sobald ihnen ernsthafter ökonomischer Schaden droht - schnell wieder auf protektionistische Mittel zurückgreifen, zwingen sie die machtlosen "3.Welt"-Staaten, ihre Märkte vollständig für das westliche Kapital zu öffnen. Oft sind die Trikontstaaten hoffnungslos bei den Gläubigerstaaten im Westen verschuldet. Dadurch können diese durch Institutionen wie den Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank politischen Druck ausüben. Damit diese den abhängigen Staaten neue und dringend benötigte Kredite geben, müssen sie strenge Auflagen erfüllen: Diese beinhalten die Senkung der Export- und Importzölle, also die Öffnung der Märkte, Privatisierungen staatlicher Betriebe, Senkungen von wichtigen Subventionen (z. B. für Lebensmittel) und die Erhöhung des Exports. (So werden z. B. für die eigene Versorgung wichtige Nahrungsmittel exportiert.) Reichen diese politischen Druckmittel nicht mehr aus, folgen militärische Interventionen oder Blockaden, um die *"Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt"* (Verteidigungspolitische Richtlinien/BMVtdg 1992) zu garantieren bzw. mißliebige Staaten einzuschüchtern.

Immer klarer sind die katastrophalen Folgen des "freien" Weltmarktes zu sehen:

Während einige Regionen zu Wachstumsregionen werden (z. B. die sog. asiatischen Tiger) und eine kapitalistische Industrialisierung zumindest im Bereich des Möglichen scheint, verwandeln sich andere Ländergruppen quasi in "Todesregionen". Afrika südlich der Sahara entwikkelt sich immer mehr zum "vergessenen Kontinente": Schon 1991 war sein Anteil am Welthandel nur noch 1,1%. Arbeitskraft und Rohstoffe sind zwar genügend vorhanden, es fehlt aber an Kapital, und dieses ist eine im Kapitalismus leider notwendige Voraussetzung für Entwicklung. Die Folgen des Weltmarktes auf die angeblichen Sieger der neoliberalen Politik wie die schon genannten "asiatischen Tiger" oder Peru, deren hohe Wachstumszahlen von den neoliberalen IdeologInnen als Beweis für ihre Politik gefeiert werden, sind nicht minder fatal. Überall verschärft sich die massive soziale Spaltung der Bevölkerung noch. Verelendung der Massen durch die schon oben genannten Strukturanpassungsprogramme des IWF und Hungerlöhne, die auch die "glücklichen" Menschen mit Arbeit in Armut und Hunger lassen.

Die Schere zwischen den Reichsten und den Ärmsten geht dank "freier" Marktwirtschaft immer weiter auseinander. Der Einkommensanteil der reichsten 20% Weltbevölkerung gegenüber den 20% der Ärmsten lag 1994 bei 74:1, 1991 betrug das Verhältnis noch 61:1, 1960 gar 30:1. Die osteuropäischen Länder müssen die stärksten Rückschläge hinnehmen: Galten dort 1987/88 nur 4 Millionen Menschen als arm, sind es heute bereits 120 Millionen, also ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Angesichts dieser Zahlen scheint es immer fragwürdiger, ob das kapitalistische Wirtschaftssystem überhaupt zu reformieren ist. Vielmehr muß es grundsätzlich angezweifelt und umgekrempelt werden. Der Kapitalismus hat nicht gesiegt, er ist nur übriggeblieben.

Gegen Neoliberalismus und Unterdrückung weltweit!

Gegen ein Europa des Kapitals und der Arbeitslosigkeit - Für eine menschliche Welt

Hoch die internationale Solidarität!

Antifaschistische Jugendaktion HD (AJA)

Veranstaltungshinweise:

Veranstaltung am Mittwoch, den 9. 7.:

20.00 Uhr AZ: „Folgen des Neoliberalismus in Südamerika"

Tag gegen Neoliberalismus am Samstag , den 19.Juli

Kundgebung auf dem Anatomieplatz Heidelberg um 13.00

Veranstaltung 19.00 Uhr: „*Ursachen und Folgen des Neoliberalismus*" mit dem Referenten Georg Lutz (Blätter des Informationszentrums 3.Welt, Freiburg) voraussichtlich im Karlstorbahnhof. Achtet auf aktuelle Ankündigungen!

Disco im AZ mit der Manischen Weststadt für die Aktion „Ein Radio für die MRTA", Beginn: 22.30Uhr

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

Lübeck - Ausdruck rassistischer Normalität in Deutschland

Organisiert Aktionen für das Bleiberecht für Flüchtlinge

Obwohl der staatsanwaltschaftliche und polizeiliche Umgang mit dem Lübecker Brandanschlag vom 18.01.1996 in seiner staatlich-rassistischen Offensichtlichkeit seinesgleichen sucht und die Medien in einer nie gekannten Form bundesweit das Opfer eines Brandanschlags - Safwan Eid - zum Täter hochstilisierten, ist - bis auf wenige Ausnahmen - eine breite *politische Auseinandersetzung antirassistischer/linksradikaler Gruppen damit ausgeblieben. Der folgende, äußerst kritische Text aus Köln nennt vier Faktoren, die maßgeblich zu dieser* ***Nichtunterstützung*** *beigetragen haben:* -Sabotage

Spätestens seit der Erklärung des Richters vom 23.04.97 ist klar, daß der Prozeß gegen Safwan Eid nur mit einem Freispruch enden kann. Das Prozeßende kann nun schnell kommen, Mitte bis Ende Juni ist hierfür durchaus wahrscheinlich. [Das hat sich ja mittlerweile tatsächlich bewahrheitet. Anm. d. Red.]

Der Versuch, ein Opfer des rassistischen Brandanschlags vom 18.01.96 zum Täter zu machen, ist damit vorläufig gescheitert. Dies ist aber allenfalls Grund zu verhaltener Freude. Im wesentlichen hat die Umfälschung der Realität im nationalen Interesse ihr Ziel erreicht: Das „deutsche Ansehen in der Welt" konnte vom Makel des folgenschwersten Brandanschlags der BRD-Geschichte freigehalten werden, die staatlich-rassistische Politik gegen Flüchtlinge und MigrantInnen unbeirrt fortgesetzt werden. Dabei wurde und wird in Kauf genommen, daß die tatsächlichen Brandstifter unbehelligt bleiben.

Das Prozeßende muß daher für die antirassistische Bewegung Anlaß sein, ihre Forderungen und Gegenpositionen noch einmal unüberhörbar deutlich zu machen.

Dies gilt umso mehr, als das dauerhafte Bleiberecht der Überlebenden noch immer nicht gesichert ist. Vielmehr ist der Aufenthaltsstatus der meisten an ihre Rolle als ZeugInnen im Prozeß geknüpft. Mit dem Ende des Verfahrens rückt also ihre Abschiebung näher!

Seit etwa einem Jahr beschäftigen wir uns mit der Frage, wie es dazu kommen konnte, daß ein Brandanschlag mit zehn Toten so wenig Reaktionen in der BRD auslösen konnte. Die betroffenen Flüchtlinge haben kaum Unterstützung erfahren. Verschiedene Faktoren führten zur Verdrängung dieses Anschlags. Im folgenden gehen wir auf vier Faktoren ein, die maßgeblich zu dieser Nichtunterstützung beitrugen.

Antirassistische und linksradikale Gruppen

Seit der Freilassung Safwan Eids aus der Untersuchungshaft versäumen es die antirassistischen und linksradikalen Gruppen, zu den Ereignissen um den Lübecker Brandanschlag bundesweit zu agieren. Obwohl dem Brand in Lübeck als Anschlag, wie auch als Markstein für den weiteren staatlichen, medialen und öffentlichen Umgang mit Angriffen gegen Flüchtlinge, bundesweite Bedeutung zukommt, gab es kaum Reaktionen, Aktionen und Diskussionen. Wenn Lübeck überhaupt noch wahrgenommen wird, beschränkt sich das Interesse weitgehend auf Prozeßdetails und bewegt sich damit völlig in dem von Staat und Anklagekonstrukt vorgegebenen Rahmen.

Die Beschäftigung endet mit der beruhigten Feststellung des (schon lange) absehbaren Freispruchs. Eine derart eingeschränkte Betrachtung verhindert, daß der Lübecker Brandanschlag als rassistischer Angriff in der Gesamtentwicklung von Rassismus in der BRD gesehen wird. Dadurch tritt auch in den Hintergrund, wie unerträglich und zum Teil lebensbedrohlich der Alltag von

Flüchtlingen und MigrantInnen durch diese Entwicklung, mit jedem Angriff wird.

Ein politischer Umgang in Form von Wahrnehmung, ernsthafter Verfolgung und Auseinandersetzung mit den Ereignissen und Folgen in Lübeck ist bis heute ausgeblieben.

Die rassistischen Denk- und Handlungsweisen des Anschlags und seine Folgen sind nicht neu und einzigartig. Sie spiegeln den Umgang mit Angriffen auf Flüchtlinge und MigrantInnen in der Gesellschaft wieder. Die rassistische Vorgehensweise von Staatsanwaltschaft, Polizei und Presse ist allerdings gerade im Lübecker Fall so offensichtlich und umfassend, wie in kaum einem anderen. Um so erstaunlicher ist es, daß es nicht zum erforderlichen Agieren antirassistischer und linksradikaler Gruppen gekommen ist.

Öffentlichkeit

So gut wie niemand in der deutschen Öffentlichkeit stört sich am wüsten Vorgehen der staatlichen Organe in Lübeck oder an der obrigkeitshörigen Beschränkung der Medien auf die Verlautbarung staatlicher Erklärungen.

Wie sich nahezu die gesamte deutscheBevölkerung darin einig ist, daß Deutschland von „Flüchtlingsströmen" bedroht ist, erscheint es auf der individuellen Ebene so gut wie allen naheliegend, daß ein Flüchtling Brandstifter seines eigenen Hauses ist.

In bezug auf rassistsiche Anschläge scheint ein kollektiver Verdrängungsmechanismus eingesetzt zu haben, der jede Auseinandersetzung mit Rassismus im Keim erstickt.

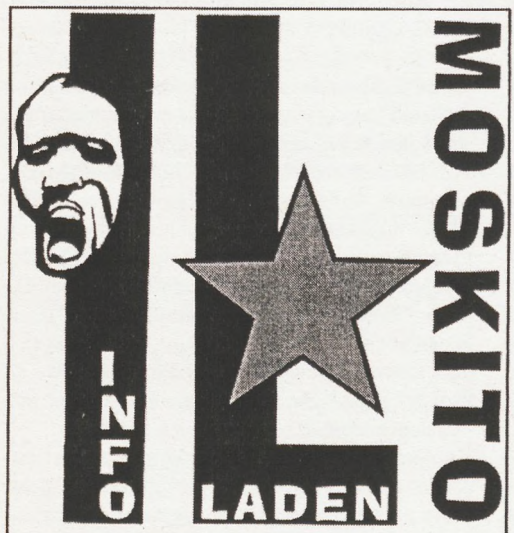
Selbst ein Brandanschlag wie in Lübeck und seine bundesweite mediale Bearbeitung schaffen keine punktuellen Brüche in der rassistischen Übereinstimmung innerhalb der Öffentlichkeit.

Medien

Die „Täter-Opfer-Verkehrung" ist mittlerweile aus verschiedenen Prozessen bekannt. Erstmalig in der BRD jedoch wird diese Verkehrung von den Medien im Zusammenhang mit einem tödlichen Brandanschlag bundesweit aggressiv verbreitet.

Journalistische Phantasie spinnt um die dünne Motivkonstruktion der Staatsanwälte herum in wüsten rassistischen und sexistischen Mustern hunderttausendfach Geschichten. Es geht um den finsteren Safwan Eid und um die von sex & crime geprägten Zustände unter „den Fremden" im Flüchtlingshaus. Seitenweise widmen sich Redakteure dem einzigen Belastungszeugen, einem Sanitäter mit deutschem Paß. Er wird zum eigentlichen Opfer, der all die Angriffe der Verteidigung ebenso standhaft und klaglos erträgt, wie er heldenhaft seinen schweren Dienst leistet.

Neu sind die massiven wütenden Angriffe auf die Verteidigung und auf die wenigen linksradikalen oder antirassistischen Gruppen, die es wagen, das staatsanwaltliche Vorgehen als typisch rassistische Konstruktion anzugreifen.



INFOLADEN MOSKITO
IM AUTONOMEN
ZENTRUM HEIDELBERG
ALTE BERCHEIMER
STRABE: 7A
69115 HEIDELBERG

ÖFFNUNGSZEITEN:
DIENSTAG: 20 - 22 H
DONNERSTAG: 20 - 22 H
UND BEI ALLEN
VERANSTALTUNGEN

10 KOLN

Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz

Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz beschuldigen offensiv die Opfer des Brandes der Täterschaft. Dies geschah und geschieht unter größter öffentlicher Aufmerksamkeit auf der Grundlage einer Beschuldigung, die so ungenügend war, daß sie ständig geändert und ausgebessert werden mußte. Die Polizei ermittelt flüchtig und lückenhaft. Sie läßt Beweisstücke außer Acht oder diese verschwinden. Kurz, sie verhält sich so rassistisch wie in so vielen „normalen" Fällen, in denen Menschen ohne deutschen Paß von vornherein als Täter feststehen, so daß es genaue Ermittlungen nicht mehr braucht. Neu ist dabei „nur", daß es um 10-fachen Mord geht.

Der Staatsanwaltschaft wiegt die Aussage eines Deutschen mehr, als die Aussagen nicht deutscher Brandopfer.

Deutsche Täter wissen spätestens jetzt: ihr Risiko ist selbst bei vielfachem rassistischen Mord gering. Staatsanwälte, Polizisten und Richter wissen seit Lübeck, daß sie auch bei Fällen schwerster rassistischer Gewalt keinerlei kritische Öffentlichkeit zu fürchten haben. Und „Nichtdeutschen" wurde einmal mehr verdeutlicht, daß sie keinerlei Schutz zu erwarten haben.

Der jüngste Anschlag auf eine Kirche in Lübeck wirft erneut die Frage auf, ob die Arbeits- und Vorgehensweisen der Polizei, Staatsanwaltschaft, Justiz und Medien, sowie die fehlende öffentliche Reaktion solche rassistischen Anschläge nicht nur verharmlosen, sondern auch herausfordern.

Um einen Aktionstag zum Bleiberecht für die von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge vorzubereiten, laden wir alle interessierten Gruppen ein, ihre Aktionen und Vorschläge im Jugendclub Courage Köln anzukündigen, um eine bundesweite Koordination zu ermöglichen.

Safwan Eid Komitee Köln

Koordination:
„Aktionstag Bleiberecht für Flüchtlinge"
über
Jugendclub Courage Köln
Bismarckstraße 40
50672 Köln
Tel.: 0221/520 936
Fax.: 0221/525 757

Das Autonome Zentrum im Juli

Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00

1 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Fr+So)** 20.00 Vokü und Kneipe der **Kultgruppe** HD: **Punkkneipe** mit Oettinger & Film "**Trouble**"
2 Mi	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ** 20.00 **Wiener Kaffeehaus** mit der **LaBuStrá**
3 Do	20.00 Vokü und Kneipe von **Out of Despair**
4 Fr	20.00 Kneipe der **Antifa Jugendaktion** HD 21.00 **PINK PARTY**
5 Sa	
6 So	20.00 Café der **SO-Crew**: **Kaltes Buffet** 21.00 Veranstaltung des **RSB**: "Eindrücke eines politischen Istanbulaufenthalts"
7 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
8 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Do+So)** 20.00 **PicNik mit NicNik** 21.00 **HereinspAZiert!** - Das Quiz im AZ
18 Fr	21.00 **FrauenLesben Disco**
19 Sa	22.30 **AJA-Disco** mit der **Manischen Weststadt** für die Aktion "Ein Radio für die MRTA"
20 So	11.00 **Frühstücksbuffet** 20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew** 20.30 **Info- und Diskussionsveranstaltung** zu den Philippinen
21 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
22 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Fr+So)** 20.00 Vokü und Kneipe mit den **"Drei Damen vom Grill"**
23 Mi	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ**
24 Do	20.00 Vokü und Kneipe mit dem Koch **Raphael** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
25 Fr	20.00 Kneipe des **Roten Splitters**

Di	21.00 **HereinspAZiert!** - Das Quiz im AZ	**Fr**	
9 Mi	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ** 20.00 **BIERGARTENERÖFFNUNG** mit: Eiscafé, Bowle, Bier 2,- DM + ARAVANADI	**26 Sa**	
10 Do	20.00 Vokü und Kneipe mit dem Koch **Raphael** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben	**27 So**	20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**
11 Fr		**28 Mo**	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
12 Sa		**29 Di**	20.00 Vokü und Kneipe mit **EGATOBAS**
13 So	20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew** 21.00 **Ausstellungseröffnung**: "Dokumentation 10 Jahre Heß-Gedenkmarsch und Gegenaktivitäten"	**30 Mi**	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ** 20.00 Kneipe des **Antifa Ak an der Uni HD**: RHEINLÄNDISCHER ABEND mit Film ab: 21.00 **"Die Fußbroichs"**
14 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**	**31 Do**	20.00 Vokü und Kneipe mit dem Koch **Raphael**
15 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Do+So)** 20.00 Vokü und Kneipe der **CASTOR-Gruppe**	**Sommerpause im AZ** **Das AZ macht eine Art Sommerpause. Den ganzen August wird es keine Großveranstaltungen (Discos, Konzerte) im großen Saal bzw. im Keller geben. Stattfinden werden aber Kneipen, Cafés und Voküs im Tabula Rasa. Die Termine werden auf einem extra Flugblatt bzw. Plakat bekannt gegeben. (Im August wird es auch keine *Sabo* geben!)**	
16 Mi	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ** 20.00 Café **ARAVANADI**: (n)OSTalgieabend		
17 Do	20.00 Vokü uind Kneipe mit der **Manischen Weststadt**		

Weg mit allen Abschiebeknästen!

Bundesweite antirassistische Demonstration im nordrhein-westfälischen Büren

Etwa 2000 antirassistische/antifaschistische Menschen demonstrierten am 2. Juni in Büren bei Paderborn gegen die herrschende rassistische Flüchtlings- und Asylpolitik. In Büren steht mit 600 Haftplätzen der bundesweit größte Männerabschiebeknast. (siehe Demoaufruf in der *Sabo* 06/97)

Die anreisenden DemonstrantInnen wurden in Büren von einem massiven Polizeiaufgebot empfangen - soweit das Auge reichte, war das Stadtbild von grünen Fahrzeugen und Bereitschaftsbullen geprägt. Die martialisch aussehenden Polizistinnen und Polizisten in ihren Kampfanzügen säumten die Straßen Bürens.
Nachdem sich die Zahl der DemoteilnehmerInnen am Containerbahnhof von anfangs 30 auf etwa 1500 Menschen erhöht hatte, erfolgte (fast pünktlich) um 12.30 Uhr nach einer kurzen Auftaktkundgebung der Aufbruch in Richtung Bürener Innenstadt. Die OrganisatorInnen hatten gegenüber ihren staatlichen VerhandlungspartnerInnen im letzten Moment durchgesetzt, doch durch Büren zu marschieren und die Kundgebung am Abschiebeknast im Anschluß durchzuführen. Die organisierenden Gruppen formierten sich vor dem Lautsprecherwagen, dahinter folgten die überwiegend autonomen AntifaschistInnen.
Der Zug bewegte sich unter Parolen wie „Um Europa keine Mauer - Bleiberecht für alle und auf Dauer!“ und „Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord! Bleiberecht für alle! Jetzt! Sofort!“ durch ein Spalier aus glotzenden BürgerInnen und gepolsterten Bullen, die es natürlich nicht lassen konnten, mit Videokameras munter in die Menge zu filmen. Auch gezielte Portraitaufnahmen mit Hilfe von Teleobjektiven waren wieder einmal ein beliebtes Motiv der Dokutrupps, worauf viele Menschen „in einer Aufmachung, die geeignet und den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern“, an der Demonstration teilnehmen mußten. Trotz wiederholter Aufforderung durch die Demoleitung und ohne offizielle Billigung der polizeilichen Einsatzleitung wurde munter weitergefilmt.
Die laute, kämpferische Demo, die im Verlauf auf etwa 2000 Menschen angewachsen war, hinterließ mit Sicherheit einen bleibenden Eindruck bei der Bevölkerung und war auf dem abendlichen Bürener Schützenfest bestimmt „Gesprächsthema Nr. 1“ - bei den vielen kopfschüttelnden und feixenden Leuten am Straßenrand kann sich jedeR vorstellen in welcher Weise. Neben den Parolen und den üblichen Agitationsformen (Trillerpfeifen, „Trommelhippies“, ...) hat-

Fronttransparent der 96er Demo

ten im Verlauf der Demo einfallsreiche Leute unzählige Kronkorken auf die Straße geworfen, die beim Darüberlaufen eine interessante und auffällige Geräuschkulisse erzeugten - sie erinnerte ein wenig an das Rasseln von Ketten in einem mittelalterlichen Kerkergewölbe.

Gegen Ende der Demonstration fand eine erneute Kundgebung am Containerbahnhof statt, bei der unter anderem ein Redebeitrag des „Safwan Eid Komitees Köln" verlesen wurde. (Den vollständigen Redebeitrag findet ihr in dieser *Sabo*)

Nach der Abschlußkundgebung fuhren die DemoteilnehmerInnen mit Autos und Bussen zum ca. 10 km entfernten Abschiebeknast. Über Hügel und durch einen dichten Wald führte der Weg dorthin, wo sich „Fuchs und Hase gute Nacht sagen". Der Knast liegt dermaßen versteckt im Wald, daß es schon unheimlich ist. Der Demozug formierte sich auf der Straße, die direkt zum Knast führt, erneut, und bewegte sich zügig zum letzten Kundgebungsort.

Nach 15 Minuten kam der Knast in Sicht:

Zäune. Stacheldraht. Dahinter behelmte Bereitschaftsbullen. Hundestaffeln.

Eine fünf Meter hohe Mauer aus Beton. Wer dahinter verschwindet, kommt ohne Hilfe von außen nicht mehr 'raus.

Vor dem Knasteingang waren Absperrgitter installiert worden. Dahinter postiert: polizeiliche Schlägertrupps.

Kameras surrten von den umstehenden Dokuwagen.

Ausnahmezustand.

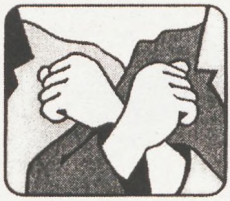
Ein hallendes „Weiter! Weiter! Weiterstadt - Wir machen alle Knäste platt!" war eine unmißverständliche Parole an die Adresse der an diesem Tag allgegenwärtigen Staatsmacht.

Die Abschlußkundgebung bestand aus einem Redebeitrag, der in sechs Sprachen gehalten wurde. Nach jedem einzelnen Beitrag brach die Menge in „Hoch die internationale Solidarität"-Rufen aus. Als Zeichen der Solidarität mit den „Eingemauerten" und zur Unterstreichung der Bereitschaft zu militanten Aktionen gegen die herrschenden Verhältnisse flogen Leuchtspurgeschosse über Bäume und Knastmauer. Ein mit Hilfe von drei Ballons fliegendes Transparent zeigte den Flüchtlingen, daß sie nicht allein sind.

Obwohl die letztjährige Demonstration in Büren mit 3000 Menschen die Zahl der diesjährigen weit überstieg, kann die Aktion gegen den herrschenden Abschiebeterror in der BRD durchaus als Erfolg gewertet werden. Kritik muß hierbei jedoch an die Adresse antifaschistischer Gruppen gehen, die es trotz der sonst hohen Mobilisierungsfähigkeit nicht geschafft haben, mehr Menschen nach Büren zu bekommen. Das liegt wohl daran, daß sich (vor allem autonome) AntifaschistInnen mit antirassistischen Aktionen und Demonstrationen etwas schwer tun, und es fast nur bei „akuten" Anlässen (Rostock, ...) möglich ist, AntifaschistInnen mit antirassistischer Thematik aus den „Szene-Ghettos" zu holen. Das leidige Thema „Feuerwehrpolitik" ist immer noch nicht vom Tisch und erfordert weitere Reflexionen.

Autonomes Redaktionskollektiv Heidelberg

Antirassistische Demo in Kassel



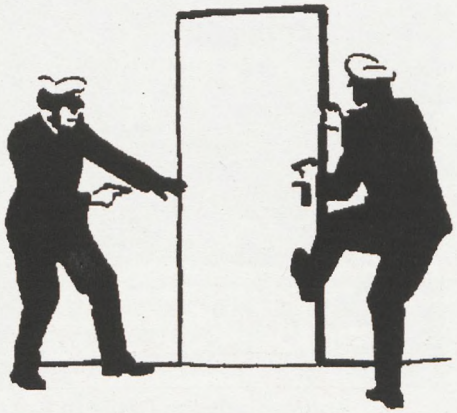
Alle Jahre wieder Staatsschutz durchsucht Wohnung

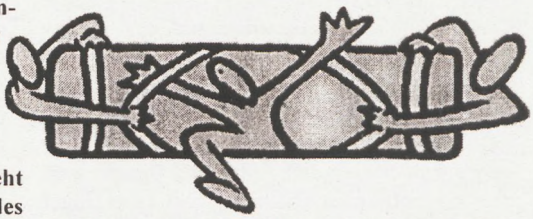
Auseinandersetzung mit Neonazis in der Nacht auf den 1. Mai als Anlaß

Am 18.06.1997 durchsuchten fünf Beamte der Kriminalpolizei HD/Dezernat Staatsschutz den Wohnort eines Heidelberger Antifaschisten. Der richterliche Durchsuchungsbefehl war aufgrund des Vorwurfs der „schweren Körperverletzung" ausgestellt worden. Die Körperverletzung bezieht sich auf Auseinandersetzungen am Rande des burschenschaftlichen Maiansingens 1997, bei denen mehrere Personen verletzt wurden. Laut Recherchen der Autonomen Antifa HD handelte es sich hierbei um Auseinandersetzungen mit organisierten Neonazis.

Da die Büttel des Heidelberger Staatsschutzes auch dieses Jahr unter Erfolgszwang stehen, endlich Schuldige für die jährlichen Maiauseinandersetzungen zu finden, zeigten sie sich diesmal von ihrer Schokoladenseite:

Sie durchsuchten nicht nur die Räume des Beschuldigten, sondern machten sich auch in den Zimmern der nicht anwesenden Mitbewohner zu schaffen. Da für diese Zimmer kein Durchsuchungsbefehl vorlag, stellt dieses Vorgehen einen klaren Rechtsbruch dar.





Mal wieder wird deutlich, daß in den Reihen der Polizei absolute Willkür vorherrscht, wenn es um ihr primäres Ziel geht: Zerschlagung linken Widerstands!

Der Beschuldigte wurde im Anschluß auf das Polizeirevier-Mitte zwangsvorgeführt, wo er sich einer erkennungsdienstlichen Behandlung und einer Zeugengegenüberstellung unterziehen mußte.

Jedes Jahr kommt es nach dem 1.Mai zu Ermittlungsverfahren und Prozessen, weil Neonazis willkürlich AntifaschistInnen beschuldigen, die ihnen der Heidelberger Staatsschutz per Fotomappe präsentiert.

Und jedes Jahr macht sich der Staatsschutz diese Umstände zu Nutze, umfassende Recherchen, Ermittlungen, Durchsuchungen und Observationen gegen die Heidelberger antifaschistische Szene durchzuführen.

So ergänzen sich staatliche und Straßen-Anti-Antifaschisten.

Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!

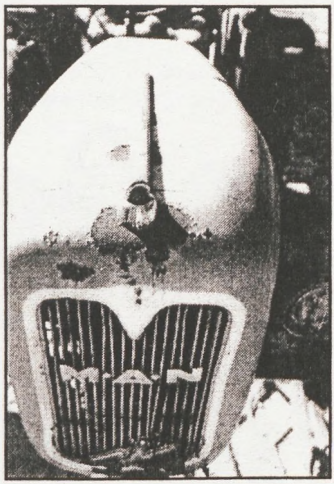
Hoch die antifaschistische Solidarität!

AntiRepressionsGruppe der Autonomen Antifa HD

WAGENBURG AUF HOHER SEE

Am 19. Juni hat der Gemeinderat zu Heidelberg vorerst endgültig gegen einen legalen Standort für eine Wagenburg entschieden. Es stand zur Abstimmung, ob eine Baurechtsänderung im Heidelberger Raum für das Wohnen in Wagen durchgeführt wird. Die Entscheidung ging - wie alle Wagenburgentscheidungen - knapp aus: 17 Für- und 18 Gegenstimmen. Ein SPD Mitglied war bei der Entscheidung nicht im Rathaussaal und OB Beate Weber hat sich enthalten.

So sieht's nu' aus!



Der Weg für einen legalen Wagenplatz ist uns nun verbaut. Wir waren so sauer und frustriert, daß wir es uns nicht nehmen ließen, eine spontane Aktion im Gemeinderat durchzuführen. Zuerst vesperten wir mit den Gemeinderatsmitgliedern Wurstsalat (ääähhh!) und Brötchen, was den konservativen Jungens ziemlich gegen den Strich ging. Sie meinten, mit Beate Weber als Hausherrin gäbe es kein Recht und keine Ordnung im Rathaus!? Als dann die Sitzung wieder in vollem Gange war, spazierten wir locker und lässig in den Rathaussaal, überreichten den Gemeinderatsmitgliedern kleine Geldspenden und bedankten uns für das „nette Entgegenkommen" seitens der Stadt, versicherten ihnen, daß wir auf keinen Fall auf unser Wagendasein verzichten wollen, null Bock auf Isolationsdasein haben und was es überhaupt soll, über das Schicksal anderer Menschen zu entscheiden und uns ihre Scheiß-Lebenseinstellung aufdrücken zu wollen. Die Sitzung kam zum Stillstand und die Mitglieder waren sichtlich schockiert.

Tja, und nu'? Wohin mit uns?

Seit über vier Wochen sind wir nun auf Hoher See und fahren zu fünft mit fünf Wagen und Zugmaschinen sowie einem Klowagen um Heidelberg herum.

Unsere Tour:

Ziegelhausen, Parkplatz (2 Nächte); Peterstal, Waldparkplatz (2 Nächte); Heddesbach, Parkplatz (2 Nächte); Neckarsteinach, Landfahrerplatz (3 Nächte, die Bürgermeisterin von Hirschhorn besorgte uns diesen Platz, da sie uns auf keinen Fall in Hirschhorn haben wollte); Bammental, Parkplatz vor dem Freibad (über eine Woche!); Nußloch, Waldparkplatz (2 Nächte); Wiesloch (zwei Wochen!! Rekord!! Wir besetzten ein leerstehendes Fabrikgebäude der Heidelberger Zementwerke)

Im Moment campieren wir auf einem Waldparkplatz an der B 39 zwischen Walldorf und Reilingen. Dort dürfen wir noch drei Nächte bleiben, danach laufen wir Gefahr, daß unsere Wagen und Zugmaschinen beschlagnahmt werden.

Wo soll das alles hinführen?

Das Rumgeziehe zerrt an unseren Nerven und wir haben auch besseres zu tun, als uns am laufenden Band mit Bullen abzugeben, die uns täglich erzählen, daß wir illegal campieren und wir bald wieder räumen müssen.

Wir wollen einen festen Platz in Heidelberg oder Umgebung! Wenn es los geht mit Aktionen, werdet ihr früh genug davon erfahren.

Wir haben langsam die Schnauze voll!

M. von der Wagenburg

AUTONOMES ZENTRUM - JETZT!

Folgenden Text haben wir dem Juni/Juli-Programm des Jugend- und Kommunikationszentrums Farbstraße Bietigheim entnommen. Seit geraumer Zeit kämpfen in Bietigheim Menschen für selbstverwaltete Räume: -Sabotage

Seit Anfang des Jahres hat sich ein Arbeitskreis „selbstverwaltete Räume" gebildet, der - wie der Name schon sagt - ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Bietigheim-Bissingen zum Ziel hat.

Etwa zur selben Zeit wurde innerhalb des Jugendgemeinderats ein Gremium, das das gleiche Anliegen vertritt, gegründet, mit dem wir nun als Initiativegruppe „selbstverwaltete Räume" zusammenarbeiten.

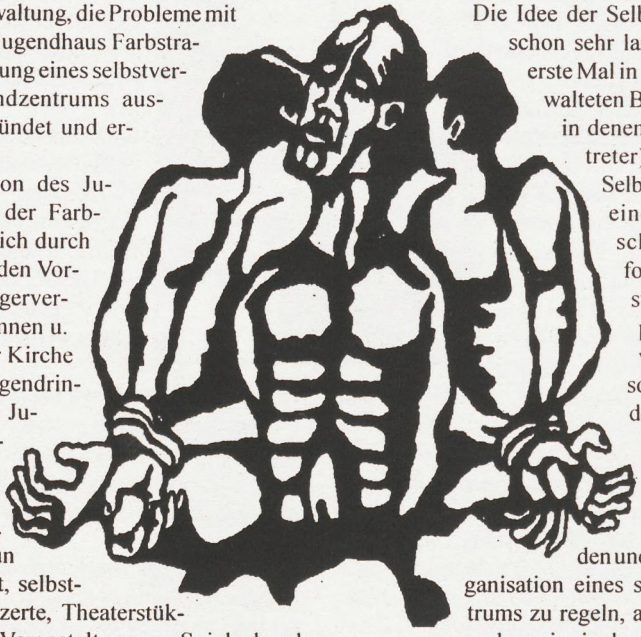
Der Forderung wurde daraufhin bei der letzten Jugendgemeinderatssitzung mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben inzwischen ein konkretes Konzept ausgearbeitet, in dem die prinzipielle Forderung nach Selbstverwaltung, die Probleme mit dem zentralen Jugendhaus Farbstraße und die Nutzung eines selbstverwalteten Jugendzentrums ausführlicher begründet und erläutert werden.

An der Situation des Jugendhauses in der Farbstraße scheint sich durch ein Treffen mit den Vorständen des Trägervereins (VertreterInnen u. a. der Stadt, der Kirche und des Stadtjugendringes, die für das Jugendhaus verantwortlich sind) einiges geändert zu haben.

So haben wir nun die Möglichkeit, selbstverwaltete Konzerte, Theaterstükke, politische Veranstaltungen, Spieleabende, Parties und weiteres zu veranstalten. (...) Die erste Veranstaltung dieser Art fand bereits am Freitag, den 16.05.97 statt. Zu dieser Eröffnungsparty des Infoladens kamen erfreulich viele BesucherInnen. (...)

Obwohl deshalb unsere Kritikpunkte am JuHa Farbstraße ... nicht mehr uneingeschränkt gültig sind, sehen wir trotzdem die Notwendigkeit eines selbstverwalteten Jugendzentrums. Gerade in Bissingen, wo es noch keinen Treffpunkt gibt, an dem sich Jugendliche nach 22.00 Uhr und auch unter der Woche treffen können, ist der Bedarf an einer solchen Einrichtung offensichtlich.



Aber was bedeutet eigentlich Selbstverwaltung und warum gerade selbstverwaltet?

Die Idee der Selbstveraltung gibt es schon sehr lange. Sie wurde das erste Mal in Form von selbstverwalteten Betrieben umgesetzt, in denen Arbeiterräte (-vertreter) gewählt wurden. Selbstverwaltung ist also eine basisdemokratische Organisationsform, bei der die Entstehung von Machtpositionen einzelner verhindert werden soll. Die Macht bleibt daher bei der Basis, das heißt, die Jugendlichen sollen lernen, über sich selbst zu entscheiden und gemeinsam die Organisation eines solchen Jugendzentrums zu regeln, anstatt - wie es normalerweise in der Schule oder am Arbeitsplatz der Fall ist - auf die Anordnung eines Höhergestellten zu reagieren.

68161 MANNHEIM
S1-17
TEL. 0621 - 29 14 00

MODE FÜR UNERSCHROCKENE

MODE AUS ENGLAND
DR.MARTENS & RANGERS
SHOES AND BOOTS
STREETWEAR
DIRECTIONS HAIRCOLOURS
ACCESSOIRES

IN DER KELLERETAGE:
NOSFERATU
GOTHIC

PIERCINGSTUDIO
HEADSHOP
SECOND HAND ABTEILUNG
LACKMODE
"ALCHEMY" ACCESSOIRES

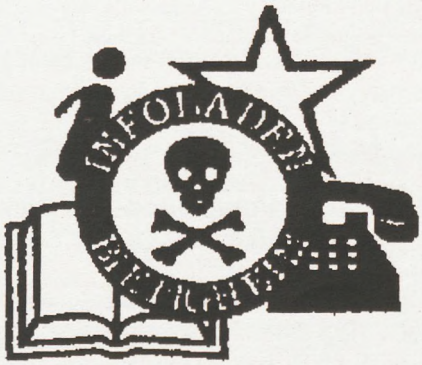
„Durch Selbstverwaltung wäre eine uneingeschränkte, freie Gestaltung der Freizeit, eine Vielfalt von Möglichkeiten der praktischen Umsetzung von Ideen und eine bessere Abdekkung der individuellen Interessen der Jugendlichen möglich, da sich die Jugendlichen mit sich selbst auseinandersetzen müssen und ohne das Einmischen von gegenstandsfremden Einrichtungen auskommen könnten." (Zitat aus dem Konzeptpapier der Initiativgruppe „selbstverwaltete Räume")
(...)

Zu unserem weiteren Vorgehen:
Wir werden auf jeden Fall weiterhin durch Aktionen wie die Demonstration am 3. Mai und durch LeserInnenbriefe versuchen, die Öffentlichkeit auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gleichzeitig müssen wir auf dem diplomatischen Weg - mit Hilfe unseres Konzeptes und unserer Satzung - die Gemeinderatsparteien und andere Gruppen zu Gesprächen einladen. Der Stadtjugendring hat uns seine Unterstützung bereits zugesagt, SPD und GRÜNE stehen dem scheinbar auch relativ offen gegnüber, und sogar OB List hat bei den Bürgerversammlungen zur Nutzung des alten Schlosses „Gesprächsbereitschaft" signalisiert.

AUTONOMES ZENTRUM

Initiativgruppe „selbstverwaltete Räume"

Falls euch das Thema interessiert, könnt ihr euch im Jugendhaus in der Farbstraße 15 (Telefon: (0 71 42) 94 06 95; Fax: (0 71 42) 940696) melden oder einfach mal im Infoladen vorbeikommen, der sich seit 16.05.97 im 1. Stock des selben Gebäudes befindet (Öffnungszeiten: Do 18 - 22.00 Uhr, Sa 14 - 19.00 Uhr sowie während aller Veranstaltungen und Konzerte).



Veranstaltungen im JuKoz Bietigheim:

10. Juli: „**Die Geschichte des Punk/Hardcore**"
Vortrag von Klaus N. Frick
Danach gemütliches Beisammensein und eventuell Film(e)
Beginn: 19.30 Uhr

11. Juli: **Soli-Konzert** für den Infoladen mit **Impact** (Oldschool aus Bonn), **Diavolo Rosso** (schnell & herb), **Los Pendejos** (Todespunk aus Bietigheim) und **Narsaak** (derber Hardcore)
ab 17.00 Uhr

Demos & Veranstaltungen

Di, 01.07.: **Punkkneipe** (mit Vokü) der **Kultgruppe HD** im AZ HD mit **Film**: „TROUBLE"

Die Jingo de Lunch-Sängerin Yvonne Ducksworth spielt in diesem Film über Musik und Berlin die Sängerin einer Kreuzberger Punkband, die einen politisch aktiven Freund hat. Beide werden zum Mittelpunkt eines authentischen Stadtteilporträts, das sich mit der Baulage in der neuen Hauptstadt eines noch größeren und noch bedrohlicheren Deutschlands auseinandersetzt. Aus Abrißhäusern werden plötzlich wieder begehrte Bauobjekte. Die Wohn- und Arbeitssituation der MusikerInnen und anderer Szene-Leute verschlechtert sich massiv. Mit einem Straßenkonzert will die Band Jonnies (Y. Ducksworth) auf ihre Situation aufmerksam machen, doch die Polit-WG, in der Jonnies Freund Erik wohnt, entführt gleich den ganzen Übertragungswagen des Fernsehsenders.

Beginn: 20.00 Uhr (Oettinger für 2,- DM)

Mi, 02.07.: **Informations- und Diskussionsveranstaltung** „Freiheit für Zaire" in Mannheim

Kongo-Zaire ist gut sechseinhalbmal so groß wie die BRD. Seine Erde birgt unschätzbare Reichtümer an Erdöl, Kupfer, Edelmetallen, Gold und Diamanten, Das von Belgien, den USA und Frankreich eingesetzte und auch militärisch immer wieder gegen Aufständische gerettete Mobutu-Regime sorgte für Friedhofsruhe, damit die Bodenschätze von den internationalen Konzernen ausgeplündert werden konnten. Es war selber so korrupt, daß sich in den letzten Jahren eine regelrechte soziale und politische Katastrophe entwickelte. Nur noch zwei Prozent aller Kinder konnte zur Schule, kein einziges Krankenhaus war mehr arbeitsfähig, Seuchen griffen um sich, Straßen und Schienen verkamen ... Immer wieder versuchte das Mobutu-Regime, einzelne Volksstämme zu Sündenböcken für das Elend zu machen, arbeitete mit Vertreibungen und Hetze. Bis sich im Herbst letzten Jahres eine seit über 200 Jahren im Osten Kongo-Zaires lebende Gruppe - die Banjamulenge - sich nicht mehr massakrieren und vertreiben ließ. Sie erhoben sich zum bewaffneten Aufstand, der innerhalb kürzester Zeit Unterstützung bei allen anderen Teilen der Bevölkerung fand. Innerhalb von sieben Monaten wurde das faschistische Mobutu-Regime von einer Rebel-

lenarmee zerschlagen. Das ist ein großer Sieg für die unterdrückten Völker in Afrika und auf der ganzen Welt. Er beweist, daß ein Volk sehr wohl seine Ausbeuter besiegen kann, wenn sich viele verschiedene Kräfte im Land zusammentun und einen bewaffneten Kampf führen.
Auf dieser Veranstaltung wollen die ReferentInnen Jim Balikwisha vom Kongreß der Fortschrittskräfte für die Befreiung (CPL) und Daniela Müller von der MLPD über die Perspektiven Kongo-Zaires, über das Schicksal der dortigen Bevölkerung, über die Rolle Kabilas und der Opposition und die Darstellung des Befreiungskampfes in den Medien diskutieren.
Beginn: 19.30 Uhr, Gaststätte „Concordia", Mannheim, Neckarstadt-West, Langstraße 36 (Eintritt 5,-/2,50 DM)

Veranstaltet von der Initiativgruppe Mannheim zum 8. Internationalen Pfingstjugendtreffen

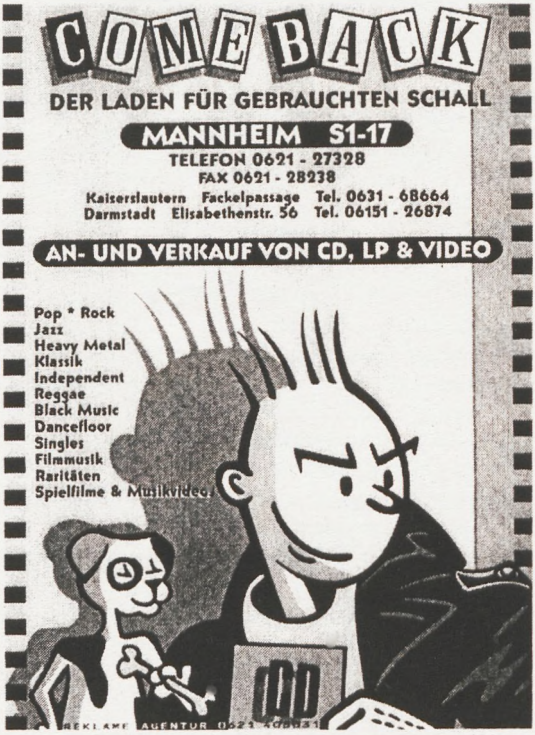
Fr, 04.07.: **PINK PARTY** im AZ HD

Das Team der UnheilBar veranstaltet zusammen mit dem LesBiSchwulen Schulprojekt Rhein-Neckar eine Pink Party als Soli-Disco. Mit der überschüssigen Kohle will die UnheilBar dem LesBiSchwulen Schulprojekt helfen. Dieses Schulprojekt besteht aus einer Gruppe von jungen Leuten, die an die Schulen gehen möchten, um dort Aufklärung über die Alternativen zur Heterosexualität zu betreiben. Bisher finanzierte sich das Schulprojekt selbst, d. h. aus den freiwilligen Beiträgen der MitarbeiterInnen , da sich alle staatlichen Stellen weigerten, sie zu unterstützen.
Beginn: 21.00 Uhr

Veranstaltungsreihe „Neue Religiosität"

Das Ende des 20. Jahrhunderts ist geprägt von einem Wechsel der religiösen Bekenntnisse. Scheinbar verlieren die bisher dominierenden Religionen an Bedeutung, fundamentalistische Strömungen und neue Glaubensbekenntnisse gewinnen an Gewicht. Unterschiedliche Religionen werden vermischt, die Menschen wählen und mischen aus unterschiedlichen Glaubensansätzen, das Ganze nimmt einen Warenhauscharakter an, in dem jedeR glaubt, ihre/seine individuelle Befriedigung finden zu können. Angesichts dieser Entwicklung verwenden wir den Begriff „Neue Religiosität", um aufzuzeigen, daß es hier um eine allgemeine gesellschaftliche Tendenz geht, mit sehr unterschiedlichen religiösen Bekenntnissen und Glaubensgrundsätzen, seien es z. B. Naturmythen, die gerade in der Linken verstärktes Interesse und Akzeptanz genießen, spiritueller Ökofeminismus, der immer wieder in feministischen Kreisen Anklang findet, esoterische und/oder christlich-fundamentalistische Ansätze.

Trotz zahlreicher Unterschiede der religiösen Bekenntnisse verbindet sie ihr antiemanzipatori-



sches/antidemokratisches Denken, dieses Denken wendet sich gegen selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Handeln und zwingt Menschen in Sachzwänge und sogenannte „gesellschaftliche Notwendigkeiten". Bestärkt wird diese Entwicklung noch durch die allgemeine Unzufriedenheit, durch bestehende Verunsicherung und fehlende Perspektiven.

Die Neue Religiosität greift den Protest der Ökologiebewegung und der Neuen Sozialen Bewegungen gegen Technologisierung und wirtschaftliche Ausprägung der Gesellschaft auf und verkehrt ihn in sein Gegenteil. Indem sie scheinbare Schonräume vor den Realitäten der modernen Industriegesellschaft bietet, verhindert sie Versuche, diese zu verändern. Der Mensch nutzt die Religion als Fluchtraum und umgeht so eine Auseinandersetzung mit der Realität, die ihm/ihr unveränderbar scheint. Mit der Veranstaltungsreihe wollen wir zeigen, daß Religion trotz der anhaltenden Kirchenaustritte immer noch starken Einfluß hat, wenngleich sich die Formen verändert haben.

Wir werden in der Veranstaltungsreihe unterschiedliche religiöse Strömungen darstellen und die (potentiellen) Gefahren dieser Entwicklung aufzeigen:

Sa, 05.07.: **Veranstaltung** „Frauenbild und Frauenrolle in der Esoterik" im Cafe ExZess Frankfurt

Neben der Darstellung des Frauenbildes in der Esoterik/im New Age und des spirituellen Ökofeminismus wird es darum gehen, die Parallelen bzw. die Unterschiede der Frauenbilder zum einen in Esoterik und New Age und zum anderen in Faschismus/Neofaschismus, Christentum und Feminismus darzustellen. Und die alle interessierende Frage lautet natürlich: Was ist interessant an Esoterik für linke Frauen?
Referentin: Waltraud Kern - Dörrwiese e. V.
Beginn: 19.30 Uhr

Do, 10.07.: **Veranstaltung** „Vergleichende Betrachtung der Grundelemente von Esoterik, Neuheidentum und faschistischer Ideologie" im Cafe ExZess Frankfurt

Die Veranstaltung wird die ideologischen und personellen Schnittstellen, Kontakte und Vernetzungen zwischen organisiertem Neofaschismus und NeuheidInnen und EsoterikerInnen aufzeigen.
Beginn: 19.30 Uhr

Di, 26.08.: **Veranstaltung** „Christlicher Fundamentalismus - protestantisch" im Cafe ExZess Frankfurt

Beginn: 19.30 Uhr

Di, 02.09.: **Veranstaltung** „Christlicher Fundamentalismus - katholisch" im Cafe ExZess Frankfurt

Schwerpunktmäßig wird es in den Veranstaltungen um christliche Gruppen/Sekten gehen, die in den letzten Jahren überproportionalen Zulauf verzeichnen konnten. Langweilig wie wir sind, interessiert uns immer das Gleiche: Gibt es Verbindungslinien von christlichen Gruppen zum Organisierten Neofaschismus/zur Neuen Rechten? Sind christliche Gruppen ansprechend für Linke, wenn ja, welche und warum, um Gottes Willen?
Und der Blick über den Tellerrand: Welchen gesellschaftlichen Einfluß hat der christliche Fundamentalismus?
Beginn: 19.30 Uhr

Kontakt:
Pack
c/o Cafe ExZess
Leipzigerstraße 91
60487 Frankfurt
Offenes Plenum:
jeden 3. Dienstag im Monat
im Infoladen, Cafe ExZess um 19.00 Uhr

Di, 08.07.: **HereinspAZiert!** -Das Quiz im AZ ist wieder da!

Nach längerer Pause hat sich wieder ein Team von findigen FragenstellerInnen gefunden, um das mittlerweile legendäre Quiz auszurichten. Große Preise, Ruhm, Ehre und dergleichen gibt es natürlich immer noch nicht zu ernten, dafür aber sicher ´ne Menge Spaß und ´nen lustigen Abend.
Beginn: 20.00 Uhr
P.S.: Wer hat letztes Mal gewonnen? - Liefert bitte den Pokal vorher noch ab oder bringt ihn am 8.7. mit.

Mo, 14.07.: **Informationsveranstaltung** „Weg mit den Jungen Nationaldemokraten" im alten Betriebshof/Komm in Saarlouis

Im Rahmen der Kampagne des Bundesweiten Antifatreffens (BAT) halten die Antifa Saarlouis und die Autonome Antifa Heidelberg einen Diavortrag über die Jungen Nationaldemokraten (JN). Dabei werden die bundesweiten und regionalen Strukturen dieser Nazi-Organisation beleuchtet und die Ideologie der JN erläutert. Anschließend werden verschiedene Widerstandsformen gegen den organisierten Neofaschismus vorgestellt.
Beginn: 20.00 Uhr

Veranstaltet von der Antifa Saarlouis und der Autonomen Antifa HD

Sa, 19.07.: **Blockade gegen den REP-Parteitag** in Wehr (Baden)

An diesem Tag werden sich in Wehr, einer 10000-Seelen-Gemeinde im südlichsten Schwarzwald in der Nähe zur Schweizer Grenze, die REPublikaner einfinden und versuchen, ihren Landesparteitag (Baden Württemberg) durchzuführen. Um dies zu verhindern, ruft die Antifaschistische Aktion im Rahmen der Tu Matsch Nazis!-Kampagne zu einer friedlichen, aber entschlossenen Blockade des Veranstaltungsortes (Stadthalle) auf.
Treffpunkt: 8.00 Uhr in Schopfheim am Bahnhof (Blockade: 9.00 Uhr, Stadthalle Wehr [Baden])

Sa, 19.07. - 25.07.: **Antifa Workcamp** in Buchenwald

In dieser Woche treffen sich das achte Jahr in Folge AntifaschistInnen an der Gedenkstätte Buchenwald, um dort zu diskutieren, zu feiern oder sonstige Sachen zu machen, die Spaß machen oder notwendig erscheinen. Die Arbeitsschwerpunkte bilden die Archivgruppe, der Kinderweg, die Internierten aus der Umgebung, das Krankenrevier, das Kleine Lager, die „Straße der Nation" und die Bordellbaracke. An Vorträgen und Diskussionensrunden sind bisher unter anderem geplant: „Geheimdienste gegen Linke", Führung durch die Gedenkstätte, Zeitzeugengespräche, alternativer Stadtrundgang durch Weimar, „Verantwortung der Deutschen in der NS-Zeit".
WelcheR sich informieren bzw. anmelden will, kann sich schriftlich an folgende Adressen wenden:
Antifa Bitterfeld (BAF), PSF 39, 06749 Bitterfeld; R.O.T.K.Ä.P.C.H.E.N. - BdA, Franz-Mehring-Platz1, 10234 Berlin; Infoladen Volk und Wissen, Schlachthofstraße 25, 06844 Dessau.
Die Kosten belaufen sich auf 12,- DM pro Tag (inklusive warmer Mahlzeit); außerdem kann auf dem Gelände gezeltet werden.

So, 20.07.: **Informations- und Diskussionsveranstaltung** „Die Philippinen - ein Land, wo nicht nur die Vulkane brodeln" im AZ HD

An diesem unter anderem von der Frauengruppe Donnawetter im Frauenverband Courage und der Initiativgruppe zum 8. Internationalen Pfingstjugendtreffen unterstützten Veranstaltungsabend wird José E. Luneta, Mitglied der „Deutsch-Philippinischen Freunde e. V" und der internationalen Solidaritäts- und Hilfsorganisation „Solidarität International", über den sozialen und nationalen Befreiungskampf auf den in hiesigen Medien vollständig totgeschwiegenen Philippinen referieren.
Beginn: 20.00 Uhr

Sommerpause im JUZ Mannheim

Das JUZ macht auch in diesem Jahr wieder Sommerpause. Vom 1. August bis zum 12. September gibt es keine größeren Veranstaltungen. Stattfinden werden regelmäßig donnerstags das Freiraum-Café mit Vokü und sonntags das Rollenspieler-Café.

JUZ MA

selbstverwaltet
Antifaschistisch

Sa, 05.07.: Konzert mit Krustentier und ClassWar 3,
20.00 Uhr

Fr, 11.07.: Spiritual Night: Die Gothic-Dark-Wave-Disco,
22.00 Uhr

Fr, 18.07.: Newcomer-Konzert mit Bands aus der Region,
20.00 Uhr

Sa, 26.07.: Krempelmarktfrühstück ab 8.00 Uhr
Konzert mit Überdosis Grau u. a., 20 Uhr

Do, 31.07.: Billigbiertag ab 19.00 Uhr

Regelmäßige Termine :
Jeden Dienstag : Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag : Freiraumcafé, Vokü ab 19°°, Infoladen ab 20°°
Jeder 2. Montag : Didgeridoo lernen + spielen ab 19°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim